

André Klima · Helmut Küchenhoff
Mirjam Selzer · Paul W. Thurner *Hrsg.*

Exit Polls und Hybrid-Modelle

Ein neuer Ansatz zur Modellierung
von Wählerwanderungen



Springer VS

Exit Polls und Hybrid-Modelle

André Klima · Helmut Küchenhoff
Mirjam Selzer · Paul W. Thurner
(Hrsg.)

Exit Polls und Hybrid-Modelle

Ein neuer Ansatz zur Modellierung
von Wählerwanderungen

Herausgeber

André Klima
Ludwig-Maximilians-Universität
München, Deutschland

Mirjam Selzer
München, Deutschland

Helmut Küchenhoff
Ludwig-Maximilians-Universität
München, Deutschland

Paul W. Thurner
Ludwig-Maximilians-Universität
München, Deutschland

ISBN 978-3-658-15673-2

ISBN 978-3-658-15674-9 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-15674-9

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat: Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangspunkt und Motivation der Studie	1
	Paul W. Thurner, Mirjam Selzer, André Klima und Helmut Küchenhoff	
2	Die Münchner Ergebnisse im Bundes- und Landesvergleich: Ein Ude-Effekt in München?	21
	Lukas Rudolph	
3	Wählerwanderung	37
	Mirjam Selzer	
4	Studiendesign	55
	André Klima, Helmut Küchenhoff, Mirjam Selzer und Paul W. Thurner	
5	Befragungsgüte	77
	Mirjam Selzer und Katharina Brand	
6	Wechselgründe	101
	Mirjam Selzer, Johannes Breitwieser und Ursula Ohliger	
7	Hochrechnung aus den Individualdaten	117
	Helmut Küchenhoff, Shuai Shao und Levent Alkaya	
8	Ökologische Inferenz	127
	André Klima, Paul W. Thurner, Christoph Molnar, Thomas Schlesinger und Helmut Küchenhoff	
9	Hybrid-Modelle	155
	André Klima, Thomas Schlesinger, Paul W. Thurner und Helmut Küchenhoff	

10	Wählerwanderung bei Landtags- und Bundestagswahl 2013.	171
	Paul W. Thurner, André Klima und Lukas Rudolph	
11	Zusammenfassung und Fazit	181
	Paul W. Thurner und Helmut Küchenhoff	

Autorenverzeichnis

Levent Alkaya Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: alklev@web.de

Katharina Brand Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: kbrand89@web.de

Johannes Breitwieser Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Oettingenstr. 67, 80538, München, Deutschland. E-Mail: j.m.breitwieser@gmail.com

Dr. André Klima Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Statistisches Beratungslabor, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: andre.klima@stat.uni-muenchen.de

Prof. Dr. Helmut Küchenhoff Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Statistisches Beratungslabor, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: kuechenhoff@stat.uni-muenchen.de

Christoph Molnar Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Statistisches Beratungslabor, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: christoph.molnar@gmail.com

Ursula Ohliger Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538, München, Deutschland. E-Mail: ursula.ohliger@ifkw.lmu.de

Lukas Rudolph Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Empirische Politikforschung und Policy Analysis, Oettingenstr. 67, 80538, München, Deutschland. E-Mail: lukas.rudolph@gsi.uni-muenchen.de

Thomas Schlesinger Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Statistisches Beratungslabor, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: tho.schlesinger@gmail.com

Mirjam Selzer Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Empirische Politikforschung und Policy Analysis, Oettingenstr. 67, 80538, München, Deutschland. E-Mail: mirjam_selzer@yahoo.de

Shuai Shao Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Statistik, Statistisches Beratungslabor, Ludwigstr. 33, 80539, München, Deutschland. E-Mail: shuai.shao@stat.uni-muenchen.de

Prof. Dr. Paul W. Thurner Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für Empirische Politikforschung und Policy Analysis, Oettingenstr. 67, 80538, München, Deutschland. E-Mail: paul.thurner@gsi.uni-muenchen.de

Ausgangspunkt und Motivation der Studie

1

Paul W. Thurner, Mirjam Selzer, André Klima
und Helmut Küchenhoff

Am Anfang dieses Buches stand eine Kooperation im Bereich der forschungsorientierten Lehre zwischen dem Institut für Politikwissenschaft und dem Institut für Statistik an der LMU München, genauer: zwischen dem Lehrstuhl für empirische Politikforschung (Thurner) und dem Statistischen Beratungslabor (Küchenhoff). Nach einer Reihe von gemeinsamen Seminaren seit dem Sommersemester 2011 mit Studierenden der Politikwissenschaft und der Statistik beschlossen die Autoren im Frühjahr 2013, bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag in Bayern und der Bundestagswahl in der Landeshauptstadt München eine sogenannte Exit Poll-Befragung durchzuführen.¹ Bei einem Exit Poll werden an ausgewählten Wahllokalen die

¹Wir bedanken uns bei den Teilnehmer/-innen unserer Seminarreihe „Interdisziplinäre Wahlforschung“ für ihre Mitarbeit und Anregungen, sowie bei den Teams von insgesamt mehr als 50 Interviewern und bei den 14 „Team-Captains“ für die Durchführung der Nachwahlbefragungen. Insbesondere danken wir David Drießlein, Laura Mittermeier, Pia Oberschmidt, Simon Prokopf, Kevin M. Quinn und Julia Schulte-Cloos für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Studie. Weiter danken wir Uta Thien-Seitz und Sibel Aydemir-Kenge-roglu vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt München für die gute Kooperation und infratest dimap für die finanzielle Unterstützung. Auch die Anerkennung durch den LMU Lehrinnovationspreis 2013 hat mit zum Gelingen dieses Projektes beigetragen.

P. W. Thurner (✉) · M. Selzer · A. Klima · H. Küchenhoff

München, Deutschland

E-Mail: paul.thurner@gsi.uni-muenchen.de

M. Selzer

E-Mail: mirjam_selzer@yahoo.de

A. Klima

E-Mail: andre.klima@stat.uni-muenchen.de

H. Küchenhoff

E-Mail: kuechenhoff@stat.uni-muenchen.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

A. Klima et al. (Hrsg.), *Exit Polls und Hybrid-Modelle*,

DOI 10.1007/978-3-658-15674-9_1

Wählerinnen und Wähler unmittelbar nach der Stimmabgabe befragt. Diese Art der Befragung erlaubt einerseits zeitnahe Hochrechnungen. Andererseits dient sie auch der Bestimmung von Wahlmotiven und von Wählerwanderungen. Exit Poll-Befragungen zum Zwecke der Analyse von Wählerwanderungen werden im großen Maßstab in Deutschland nur von infratest dimap durchgeführt. Die Forschungsgruppe Wahlen, die für das ZDF arbeitet, lehnt derartige Wählerwanderungsanalysen bekanntermaßen ab, setzt aber ebenfalls in großem Stile Exit Polls ein, um am Wahlabend Hochrechnungen und Analysen des Wahlverhaltens präsentieren zu können.

Nach intensiver Beschäftigung mit Wählerwanderungsstudien in unseren Seminaren und zahlreichen Vorstudien mit den Studierenden, stellte sich eine interessante methodische Forschungslücke heraus: Eine systematische statistische Verbindung von Exit Poll-Daten und Aggregatdaten zur Identifikation von Wählerwanderungen liegt bisher nicht vor. Ziel war es daher, durch die Erhebung von entsprechenden Individualdaten die Grundlage dafür zu schaffen, fortgeschrittene statistische Verfahren anzupassen bzw. neu zu entwickeln.

Wählerwanderungen sind also der inhaltliche, die statistische Kombination von Individualdaten und Aggregatdaten im Rahmen von sogenannten Hybrid-Modellen der methodische Ausgangspunkt unserer Studie. Dazu bot sich die Durchführung eines Exit Polls in einer Großstadt an. Dies eröffnete die Möglichkeit, im Rahmen eines Lehrprojektes Studierende aktiv bei der Stichprobenziehung, der Datenerhebung und der Datenauswertung zu beteiligen.

Die Analyse von Wählerwanderungen steht im Zentrum der angewandten Wählerforschung. Wählerwanderungen offenbaren, ob Parteien effektiv und erfolgreich in der vergangenen Legislaturperiode Politik gemacht, sich im Wahlkampf adäquat positioniert, und ein attraktives Personal rekrutiert haben. Das Abwerben von Wählern, die bei vorausgegangenen Wahlen eine andere Partei gewählt haben, zeigt den Erfolg von Parteistrategien an. Der Verlust von Wählern an andere Parteien in großem Maßstab hingegen ist ein klares Indiz für Scheitern und Erfolglosigkeit und führt nicht selten zum Rücktritt bzw. Austausch des politischen Personals von Parteien. Es bestehen aber erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf die Bestimmung der Richtungen und Transfervolumina von Wählerwanderungen. Solange jedoch Parteien nicht exakt wissen, wie viele Wähler von welcher Partei zu welcher anderen Partei „wandern“, sind Konsequenzen personalpolitischer und programmatischer Natur nicht treffsicher zu implementieren und können daher bei falschen Schlussfolgerungen sogar ein erhebliches Risiko bergen. Erstaunlicherweise haben wir es also trotz der Fülle von Umfragen mit erheblichen Ungewissheiten seitens der Parteien und ihrer Kandidaten zu tun. Diese Ungewissheit bleibt außerhalb des eingespielten Nexus zwischen Parteien, Medien und Umfrageinstituten allzu häufig unthematisiert (vergleiche vor kurzem das kritische Interview von Diekmann: Wer weiß was? Süddeutsche Zeitung 2015, 01.09.2015). Ein innovatives Forschungsdesign zur

Untersuchung von Wählerwanderungen sollte also ein wissenschaftlich und inhaltlich gerechtfertigtes Unternehmen sein.

Welche neuartigen Verfahren bieten sich hierbei an? Voraussetzung für die Eruierung des Forschungsstandes, der Identifikation einer Forschungslücke und der Entwicklung eines innovativen Designs war zunächst eine längerfristige, d. h. fünfsemestrigte Vorlaufphase im Rahmen einer Lehr- und Forschungsk Kooperation an der LMU München. In diesem Kontext hatten wir zunächst begonnen, eine der aufsehenerregendsten Wählerwanderungen der Geschichte, nämlich diejenigen hin zur NSDAP in den 1930er-Jahren zu untersuchen. Hier mussten wir gezwungenermaßen auf sogenannte Aggregatdaten für Land- und Stadtkreise zurückgreifen (vgl. Thurner et al. 2015). Bei Aggregatdaten handelt es sich um Daten, bei denen Individualentscheidungen innerhalb einer administrativen oder geografischen Einheit zu Häufigkeiten bzw. Mittelwerten zusammengefasst werden und eine Analyse auf der Individualebene nicht mehr möglich ist. Die Schlussfolgerung über individuelle Entscheidungen auf der Basis von Aggregatdaten wird ökologische Inferenz genannt. Das Problem bei der Abschätzung der tatsächlichen Wählerwanderung besteht hier darin, dass nur die Aggregatergebnisse für bestimmte Gebietseinheiten der beiden Wahlen bekannt sind. Wenn die Partei A beispielsweise 100000 Stimmen bei der Wahl 2008 und 130000 Stimmen bei der Wahl 2013 in einer Gebietseinheit bekommen hat, so kann man daraus nicht direkt schlussfolgern, wie sich die individuellen Wähler verhalten haben. Ein (unwahrscheinlicher) Extremfall wäre, dass alle 130000 Wähler 2008 eine andere Partei gewählt hatten und dass die 100000 früheren Wähler zu einer anderen Partei gewechselt sind oder nicht gewählt haben. Ein anderer Extremfall wäre, dass alle 100000 Wähler aus dem Jahr 2008 die Partei A erneut gewählt haben und dass noch 30000 Wähler von anderen Parteien und von den Nichtwählern hinzugekommen sind. Nichtsdestotrotz suggerieren häufig Transfermuster auf der Aggregatebene ein bestimmtes Verhalten auf Individualebene – die *prima facie*-Interpretation kann aber leicht zu einem ökologischen Fehlschluss führen.

Der im Folgenden beschriebene erstmalige systematische Vergleich der häufigsten zum Einsatz kommenden statistischen Verfahren der ökologischen Inferenz (mehr Details dazu in Kap. 8, sowie in Klima et al. 2016) hat uns gezeigt, dass diese Techniken zum Teil äußerst problematische Annahmen treffen und Eigenschaften aufweisen. Dennoch werden einige von ihnen von den statistischen Ämtern mancher Großstädte mittlerweile genutzt, um eigenständig Wählerwanderungen auf lokaler Ebene zu bestimmen. Trotz der grundlegenden Unbestimmtheit (‘indeterminacy’) der ökologischen Inferenz ist es nämlich möglich, unter bestimmten Annahmen Verfahren zur annäherungsweisen Schätzung der Wählerwanderung auf der Basis von Aggregatergebnissen einzusetzen. Die Grundidee besteht darin, Wahlergebnisse und deren intertemporale Veränderungen, die ja für

viele Gebietseinheiten (z. B. Stimmkreise) jeweils getrennt vorliegen, in geeigneter Weise zu kombinieren. Wenn sich bestimmte Muster in vielen Gebietseinheiten zeigen, besteht die Möglichkeit, von den Randsummen der Aggregatdaten einer höheren Ebene (hier etwa die Stimmbezirke) auf die inneren Zellen (Individualentscheidungen) zu schließen. Bei den Individualentscheidungen kann es sich um die spezielle Tendenz von sozialstrukturellen Segmenten handeln, bestimmte Parteien zu wählen. Oder aber man betrachtet im Falle der Wählerwanderung die Entscheidung, dieselbe Partei wieder zu wählen oder sie aber bei einer späteren Wahl zu verlassen. Bahnbrechende statistische Grundlagen wurden hierfür in den 1950ern von Robinson (1950) und Goodman (1953) vorgelegt.² Bei der Anwendung solcher Verfahren wird unseres Erachtens aber zu wenig berücksichtigt, dass es hierbei notwendig ist, dass die zum Einsatz kommenden Methoden den jeweiligen Kontextbedingungen, also der speziellen Parteienlandschaft Deutschlands gerecht werden und damit Wählerwanderungen zwischen einer Vielzahl an Parteien geschätzt werden können. Dafür wurden in der wissenschaftlichen Literatur bisher nur wenige Ansätze vorgeschlagen, die im Rahmen unserer Studie erstmals systematisch empirisch verglichen werden.³

Überrascht von der neueren Entwicklung der zunehmenden Durchführung von Wählerwanderungsanalysen in einer Reihe von Großstädten⁴, haben wir unsere ersten Ergebnisse dem Statistischen Amt der Stadt München zur Verfügung gestellt und gleichzeitig Hinweise gegeben, welche Verfahren man besser nicht einsetzt bzw. welche unter bestimmten Bedingungen besser geeignet sind. Das Statistische Amt der Stadt München erwies sich als sehr offen für unsere Grundlagenforschung und hat uns den Auftrag erteilt, für die Stadt München eine Wählerwanderungsanalyse mit einem optimierten Verfahren durchzuführen. Dazu haben wir eine Reihe von Studierenden aus unseren speziellen Kursen zur angewandten Wählerwanderungsanalyse eingebunden. Durch die intensive Auseinandersetzung mit den Verfahren der ökologischen Inferenz zur Identifikation individueller Wählerwanderungen sind wir auf Modelle gestoßen, die Aggregatdaten mit Individualdaten im Rahmen von sogenannten Hybrid-Modellen kombinieren (siehe Greiner und Quinn 2009, 2010) und damit eine Verbesserung gegenüber beiden Methoden der Wählerwanderungsanalyse, der ökologischen

²Eine frühe Zusammenfassung gibt Pappi (1977), siehe auch Achen und Shively (1995) und King (1997).

³Im Vergleich zu der wichtigen Studie von Ambühl 2003 geht es uns im Folgenden auch um eine empirische Einschätzung der Performanz der vorliegenden Verfahren.

⁴Siehe die Aktivitäten der Arbeitsgruppe Wahlen in der AG Statistik der Städtestatistiker.

Inferenz und der umfragebasierten Rekonstruktion, erzielen können. Frühe Ansätze zur Kombination von Individual- und Aggregatdaten im Kontext von Mehrebenenanalysen findet man bei Harder und Pappi (1969). Hier stehen Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Individualmerkmalen und Kompositionseffekte im Hinblick auf die Wahl von einzelnen Parteien im Vordergrund. Weitere Recherchen ergaben, dass auf dem Gebiet der Umweltmedizin und der Epidemiologie bereits ähnliche Strategien vorgeschlagen wurden und zunehmend eingesetzt werden (siehe dazu Wakefield 2004; Jackson et al. 2006, 2008; Lancaster et al. 2006, Wakefield und Salway 2001; Salway und Wakefield 2008; Smoot und Haneuse 2015). Typischerweise liegen etwa Krankheits- und Expositionsdaten (z. B. durch Luftschadstoffe) auf Aggregatebene (z. B. in Kreisen) vor, welche durch Individualdaten ergänzt werden können. Damit sollen die Gefahren des ökologischen Fehlschlusses reduziert werden.

Bei der Erhebung von Individualdaten haben wir uns am bestehenden Format des sogenannten Exit Polls bzw. der Wahltagsbefragung (vgl. Lavrakas 2008; Hilmer 2008; Hilmer und Kunert 2005; Hofrichter und Kunert 2009) orientiert. Hierbei werden die Wahlteilnehmer direkt im Anschluss an den Urnengang nach ihrem tatsächlichen Verhalten, nach Motiven dafür, aber auch nach früherem Wahlverhalten gefragt. Exit Polls wurden ursprünglich von Warren Mitofsky erfunden und erstmals im Auftrag von CBS 1967 eingesetzt (zur Geschichte der Exit Polls siehe Greiner und Quinn 2012) und dann allein von Mitofsky und seinem Unternehmen mehr als 3000 Mal zur Prognose und Analyse von Wahlen verwendet. In Deutschland wurden Wahltagsbefragungen von infas 1978 eingeführt (zur Geschichte in Deutschland, siehe Hilmer 2008; Hilmer und Kunert 2005) und für Hochrechnungen und Prognosen im Auftrag der ARD eingesetzt, während das ZDF hierzu mit der Forschungsgruppe Wahlen zusammenarbeitet. 1996 löste infratest dimap infas in der Kooperation mit der ARD ab und liefert mittlerweile als einziges Unternehmen Absolutzahlen für Wählerwanderungsanalysen. Diese basieren auf großen Stichproben – so wurden nach Angaben von infratest dimap etwa für die Bundestagswahl 2013 in einem zweistufigen Auswahlverfahren 104584 Wähler nach dem Urnengang in 640 Stimmbezirken kontaktiert und mittels eines kurzen, zweiseitigen Fragebogens zu der gerade vorgenommenen Zweitstimmenabgabe sowie Alter und Geschlecht befragt. Über 16000 wurden zudem gebeten, Angaben im Hinblick auf eine vorgegebene Liste von Motiven zu geben. Diese hohe Stichprobenzahl reduziert den Stichprobenfehler. Gleichzeitig werden Ausschöpfungsquoten von 70 % erreicht (vgl. Hilmer und Kunert 2005). Anonymität ist hier – im Gegensatz zu face-to-face Interviews oder Telefon- und Mail/Internetbasierten Interviews – gewährleistet, da das Ausfüllen des Fragebogens ‚self-administered‘ und unbeobachtet erfolgt und die Fragebögen von den

Teilnehmern in eine Urne geworfen werden. Die zur Anwendung kommenden Gewichtungungsverfahren zum Ausgleich von Ausfällen, Veränderungen des Wahlkörpers und Briefwählern etc. für Hochrechnungen und Wählerwanderungsanalysen werden zwar in der Literatur angesprochen (vgl. Hilmer und Kunert 2005), aber nicht präzisiert oder gar offengelegt. Insofern bleibt zwar als Maßstab die Güte der Hochrechnung im Vergleich zum amtlichen Endergebnis. Im Hinblick auf die Realitätstreue der Wählerwanderungsanalyse herrscht hingegen weiterhin vollkommene Intransparenz. Angesichts der Bedeutung, die diese Wählerwanderungsanalysen in den Medien und der Bevölkerung einnehmen, ist das beinahe gänzliche Fehlen wissenschaftlicher Diskussionen dieser Analysen erstaunlich.

Greiner und Quinn (2012) bescheinigen den derzeit von großen Nachrichtensendern dominierten und in Auftrag gegebenen Exit Polls eine große Zukunft – allerdings unter neuem Vorzeichen. Denn die wissenschaftliche Fundierung von darauf basierenden Prognosen, Hochrechnungen und deskriptiven Auswertungen ist unklar. So propagieren sie den Einsatz dieses von der Wissenschaft bislang unbeachtet gebliebenen Verfahrens für akademische Zwecke. Einsatzgebiete sehen sie insbesondere im Hinblick auf die Eruierung der Erfahrungen der Wahlberechtigten mit dem Wahlakt, um damit Diskriminierungen und Wahlfälschungen aufzudecken.

Die Festlegung auf eine lokale Studie mag man in unserem Falle als eine Notwendigkeit mangels verfügbarer Ressourcen ansehen und sie als Einschränkung begreifen. Dies wäre jedoch verfehlt, denn viele sozialwissenschaftliche Pionierstudien bauen auf kleinräumigen Analysen auf, um systematisch und fundiert methodische wie auch theoretische Innovationen in einem kontrollierten Setting zu implementieren. Verwiesen sei zum Beispiel auf die berühmte Erie County Study von Lazarsfeld et al. (1944), „The Peoples Choice: How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign“, bei der die Autoren ein siebenwelliges Panel implementierten, um Meinungsbildungsprozesse im Zeitablauf zu untersuchen. Dabei konnten die Autoren gegen ihre Erwartung eine sehr starke Stabilität und sozialstrukturell determinierte Wahlentscheidungen feststellen. Eine andere berühmte Lokalstudie ist die South Bend Study von Huckfeldt et al. (1995), „Citizens, Politics, and Social Communication“. Hier untersuchten die Autoren im Kontext der Präsidentschaftswahl von 1984 die Kommunikationsnetzwerke von Wählerinnen und Wählern.

Metropolregionen und Großstädte werden ohnehin als ganz eigene Kontexte politischer Verhaltensweisen gesehen und im Rahmen von (lange Zeit durchaus en vogue) kommunalen Wahlstudien und der Urban Voting-Literatur untersucht (vgl. Lieske 1989; Cox 1971, Friedrichs 1988 etc.). Im deutschen Kontext kommen hierbei ganz spezielle neuere Entwicklungen zum Tragen, die von allgemeinerem

politikwissenschaftlichem Interesse sind. So titulierte jüngst die Zeit: „Das Großstadt-Fiasko der CDU“ (Zeit, 15.3.2013), um darauf hinzuweisen, dass die CDU ein strukturelles Problem in deutschen Großstädten habe, mit der Konsequenz, dass sie hier kaum noch Bürgermeister stelle. Angesichts der demografischen Änderung und des Zuzugs in die Städte ist das für eine sogenannte Volkspartei eine alarmierende Entwicklung. Insofern liegt unserem Studiendesign ein weiteres politikwissenschaftliches Anliegen zugrunde, nämlich in einer Metropolstadt nicht nur die Wählerwanderungen zwischen den hier im Wettbewerb stehenden Parteien zu bestimmen, sondern auch die Motive explizit zu erfassen.

1.1 Politische und wahlrechtliche Kontextbedingungen der Wahlen in München und in Bayern

Der 15. September 2013, der Tag der bayerischen Landtagswahl, stellte den Auftakt zu einer Reihe von Wahlen bzw. Abstimmungen dar, zu denen die Bevölkerung Bayerns und Münchens im Herbst 2013 an die Urnen gebeten wurde. Zeitgleich mit der Abstimmung über die Zusammensetzung des bayerischen Parlaments fanden nicht nur in sieben Regierungsbezirken des Freistaats (darunter auch Oberbayern) Bezirkstagswahlen statt, es wurde zudem über insgesamt fünf Reformen der bayerischen Verfassung entschieden. Mit Blick auf die nur eine Woche später stattfindende Bundestagswahl am 22. September 2013 wurde die Landtagswahl außerdem von manchen Kommentatoren als „Generalprobe“ oder auch als „Stimmungstest“⁵ gesehen. Die amtierende schwarz-gelbe Koalition in Bayern hatte sich auf einen separaten Wahltermin verständigt, um sich von bundespolitischen Trends abzukoppeln.⁶ SPD und Grüne hätten dagegen eine zeitgleiche Abhaltung der Wahlen wie in Hessen bevorzugt.

Die Metapher der „Generalprobe“ lenkt ab von den allgemeineren wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Zusammenhang zwischen Bundestagswahlen

⁵Zum Beispiel: http://www.welt.de/print/welt_kompakt/article119974246/Generalprobe-in-Bayern.html (letzter Zugriff: 28.02.2016, letzte Aktualisierung: 13.09.2013); <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-bayern/landtagswahl-die-bayern-stroemen-an-die-urnen-12574899.html> (letzter Zugriff: 28.02.2016, letzte Aktualisierung: 15.09.2013); <https://www.das-parlament.de/2013/37/Innenpolitik/46577330/324586> (letzter Zugriff: 28.02.2016).

⁶Siehe <http://www.sueddeutsche.de/bayern/termin-fuer-landtagswahl-in-bayern-bayern-waehlt-die-extrawurst-1.1583611> (letzter Zugriff: 28.02.2016).

und Landtagswahlen (vgl. Kedar 2009). Kedar zeigt auf, dass Parteien, die bei Bundestagswahlen erfolgreich die Regierung erlangen, tendenziell schlechtere Ergebnisse bei späteren Landtagswahlen (sog. non-concurrent elections) erzielen, im Durchschnitt erleiden sie einen Verlust von ca. 10 %. Den zugrunde liegenden Mechanismus bezeichnet sie als „Compensatory Voting“ in einem föderalen System, bei dem die Wähler eine Mäßigung der implementierten Politiken herbeiführen wollen. Im vorliegenden Fall wurden aus taktischen Gründen Landtagswahlen vorgezogen. Allerdings ist der Abstand von nur einer Woche so gering, dass sich die Frage stellt, ob die Wähler in ihrem Verhalten tatsächlich unterscheiden und ob diese Unterschiede gegebenenfalls jeweils von landes- und bundesspezifischen Motiven beeinflusst werden. Auch kommunalpolitische Implikationen waren mit den Wahlen verbunden, da der damalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude als SPD-Kandidat für den Ministerpräsidenten-Posten ins Rennen ging und sein Amt im Rathaus im März 2014 neu zu besetzen war.

1.1.1 Wahlrechtlicher Kontext bei Landtags- und Bundestagswahl

Für die Landtagswahl war der Freistaat Bayern in sieben Wahlkreise unterteilt, die geografisch mit den sieben Regierungsbezirken übereinstimmten. Diese Wahlkreise wurden weiter in insgesamt 90 Stimmkreise, mit jeweils ca. 125.000 Einwohnern, untergliedert. So bestand der Wahlkreis Oberbayern aus 30 Stimmkreisen, wovon sich acht in der Landeshauptstadt München befanden.⁷

Für das bayerische Parlament werden insgesamt 180 Abgeordnete nach einer Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht gewählt. Danach wird jeweils die Hälfte der Sitze über Direktmandate aus den Stimmkreisen und über offene Parteilisten in den Wahlkreisen besetzt. Die Zuteilung von Sitzen zu den Parteien erfolgt proportional zum Verhältnis der Gesamtstimmen, d.h. der Stimmkreiskandidatenstimmen und der Wahlkreislistenstimmen (vgl. im Detail Rudolph/Däubler 2016). Ein Ausgleich zwischen den Wahlkreisen findet nicht statt. Jedem der 90 Stimmkreise kommt ein Direktmandat zu. Gewählt ist derjenige Kandidat, der die meisten Erststimmen im jeweiligen Stimmkreis erhält (relative Mehrheitswahl) – vorausgesetzt, seine Partei hat bayernweit mindestens 5 % aller abgegebenen, gültigen Stimmen erhalten. Die Besonderheit der Wahlkreislisten liegt darin, dass sie offen sind, das heißt, mit der

⁷Die Erläuterung des bayerischen Wahlrechts orientiert sich an den Darstellungen des Bayerischen Landtags unter: <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/wahlen-und-statistiken/> (letzter Zugriff: 28.02.2016).

Zweitstimme wird ein spezieller Kandidat auf der Wahlkreisliste einer Partei gewählt.⁸ Es werden für jeden Kandidaten einer Liste die erhaltenen Erststimmen (soweit die jeweilige Person auch als Direktkandidat in einem Stimmkreis angetreten ist) zu den über die Wahlkreisliste erhaltenen Zweitstimmen hinzugezählt⁹ und anhand dieser Gesamtstimmen ein neues Ranking der Wahlkreis Kandidaten erstellt. Jeder Kandidat, der aufgrund seiner Gesamtstimmen einen Listenplatz erreicht, der innerhalb der für den Wahlkreis insgesamt an seine Partei zu vergebenden Sitzzahl liegt, ist gewählt (d. h. welche Listenplatzierung der Kandidat ursprünglich hatte, spielt keine Rolle mehr).¹⁰ Unter anderem deshalb bezeichnet die bayerische Verfassung das Wahlrecht als „verbessertes Verhältniswahlrecht“ (Art. 14 BV), denn Erststimmen eines in einem Stimmkreis nicht erfolgreichen Direkt-Kandidaten gehen auf diese Weise nicht verloren.¹¹

Bei der Bundestagswahl wird ein personalisiertes Verhältniswahlrecht angewandt.¹² In den insgesamt 299 Wahlkreisen des Bundesgebiets (45 davon in Bayern und zwei in der Stadt München) werden durch relative Mehrheitswahl 299 Abgeordnete direkt gewählt. Die verbleibenden 299 Bundestagsmandate werden kompensatorisch auf die Parteien verteilt, die mindestens fünf Prozent aller abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Direktmandate gewonnen haben. Anders als im bayerischen Landtagswahlrecht kann bei der Wahl zum Deutschen Bundestag mit der Zweitstimme nur eine ganze Liste (die jeweilige Landesliste) einer Partei gewählt werden und nicht ein einzelner Abgeordneter daraus. Es handelt sich hier also um ein ‚geschlossenes Listensystem‘. Außerdem fließen die Erststimmen nicht mit in die proportionale Sitzverteilung ein. Auf die Landes-Parteien entfallen mindestens so viele Sitze, wie in dem Bundesland Wahlkreise (Direktmandate) gewonnen wurden. Stehen ihr aufgrund des Zweitstimmenergebnisses mehr Bundestagsmandate zu, werden

⁸Gleichwohl ist es möglich anstatt eines speziellen Kandidaten auch den Wahlvorschlag, also eine Partei oder Wählergruppe, anzukreuzen. Diese Stimme wird dann zugunsten der Partei oder Wählergruppe gezählt, hat aber keinen Einfluss auf die Reihenfolge der Kandidaten nach Gesamtstimmen.

⁹Da ein Direktkandidat eines Stimmkreises dort nicht zusätzlich auf der Wahlkreisliste enthalten ist (sondern nur in den übrigen Stimmkreisen des Wahlkreises), kann jeder Wähler eines Wahlkreises ihn nur einmal wählen – entweder mit der Erststimme oder mit der Zweitstimme.

¹⁰Vgl. <https://www.bayern.landtag.de/abgeordnete/wahlen-und-statistiken/> (letzter Zugriff: 28.02.2016).

¹¹Vgl. <http://www.wahlen.bayern.de/lw2013/stimmabg.htm> (letzter Zugriff: 28.02.2016).

¹²Vgl. z. B. die Erläuterungen der Bundeszentrale für Politische Bildung unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62517/das-wahlsystem> (letzter Zugriff: 12.02.2017).

diese mit Kandidaten der Landesliste aufgefüllt. Stehen ihr gemäß Zweitstimmenanteil weniger Mandate zu, erhalten die übrigen Parteien Ausgleichsmandate.

1.1.2 Ausgangssituation vor der Landtagswahl

In den acht Münchner Stimmkreisen (siehe Abb. 1.1) bewarben sich bis zu elf Kandidaten verschiedener Parteien um die Erststimme der Wähler: CSU, SPD, Freie Wähler, Grüne, FDP, Linke, ÖDP, Republikaner, Bayernpartei, Die Freiheit und Piratenpartei.

Mit am spannendsten galt dabei die Abstimmung im Stimmkreis 108 „Schwabing“, wo mit dem damaligen Kultusminister und gleichzeitigen Münchner CSU-Vorsitzenden Ludwig Spaenle und dem Wissenschafts- und Kunstminister Wolfgang Heubisch von der FDP gleich zwei Mitglieder des Kabinetts 2008–2013

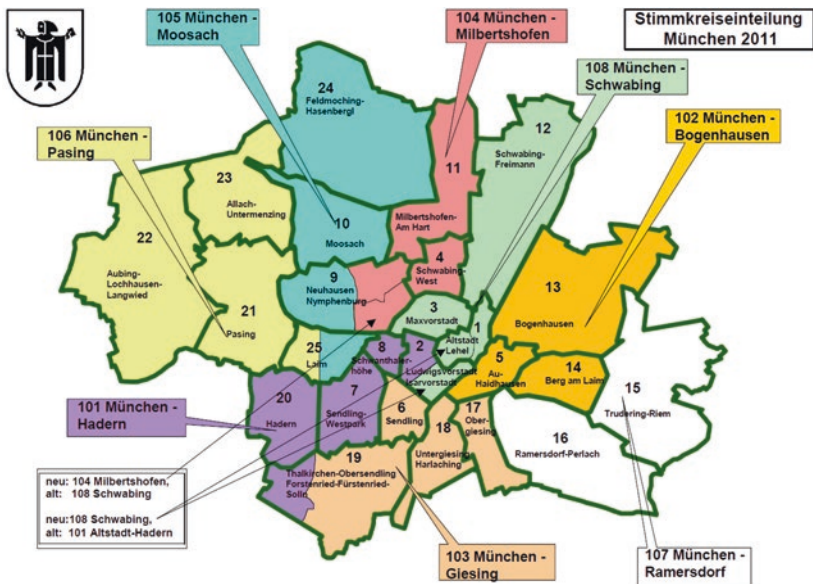


Abb. 1.1 Münchner Stimmkreise bei der Landtagswahl 2013. (Quelle: <http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/fachspezifisch/GL/Wahlamt/Landtagswahl-13/LTW-2013-Stimmkreiskarte-M-nchen/LTW%202013%20Stimmkreiskarte%20M%20C3%BCnchen.pdf%20> (letzter Zugriff: 24.01.2016))

antraten. Auch der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger, Initiator des Volksbegehrens „Für echten Nichtraucherschutz!“ in Bayern zählte 2013 zu den Schwabinger Direktkandidaten. 2008 noch hatte Ludwig Spaenle nur mit einem hauchdünnen Vorsprung von 725 Erststimmen das Rennen gegen die damals zum ersten Mal angetretene SPD-Politikerin Isabell Zacharias gewonnen, die auch 2013 wieder für die SPD kandidierte. Spannend wurde es weiterhin dadurch, dass Ludwig Spaenle gleich aus mehreren Gründen massiv in der öffentlichen Kritik stand. Zum einen wurde im Frühjahr 2013 bekannt, dass Ludwig Spaenle und Markus Söder (ebenfalls CSU) sich gegenseitig für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen hatten. Diese „groteske Ordensgeschichte“ wurde allerdings von Horst Seehofer „gestoppt“.¹³ Zum anderen hatte Spaenle im April 2013 bei der Abstimmung zur Abschaffung der Studiengebühren in Bayern – drei Monate nach einem erfolgreichen Volksbegehren – offensichtlich gegen deren Abschaffung gestimmt. Allerdings angeblich aus Versehen.¹⁴ Die größte Aufmerksamkeit dürfte jedoch die sogenannte „Verwandtenaffäre“ auf sich gezogen haben. Spaenle war einer der insgesamt 79 Politiker, von denen im Rahmen der „Verwandtenaffäre“ bekannt wurde, dass sie nach 2000, als ein grundsätzliches Verbot der Beschäftigung von Verwandten und Ehepartnern auf Staatskosten in Kraft getreten war, eine Übergangsregelung ausnutzend dennoch weiterhin Verwandte und Ehepartner(innen) beschäftigt hatten.¹⁵ Das Bekanntwerden dieser Tatsache führte beispielsweise zum Rücktritt des damaligen CSU-Fraktionschefs Georg Schmid, der außerdem wegen des Hinterziehens von Sozialversicherungsbeiträgen weiter strafrechtlich verfolgt wurde. Nach Aufforderung durch Ministerpräsident Seehofer zahlte u. a. Ludwig Spaenle der bayerischen Staatskasse die 34000 EUR zurück, die seine Ehefrau seit seiner Berufung ins bayerische Kabinett 2008 als Abgeordneten-Mitarbeiterin von ihm erhalten hatte. Mit insgesamt 61 Abgeordneten war die CSU am stärksten von dieser „Affäre“ betroffen.¹⁶ Darunter war noch ein weiterer CSU-Abgeordneter mit Stimmkreis in München: Joachim Unterländer, der seit 1994 für „Moosach“ (Stimmkreis 105) im Landtag vertreten war bzw. immer noch ist.

¹³<http://www.merkur.de/politik/seehofer-georg-schmid-muss-fuehrung-schwabenliste-2882667.html> (letzter Zugriff: 24.01.2016, letzte Aktualisierung: 01.05.2013).

¹⁴<http://www.merkur.de/politik/studiengebuehren-kultusminister-spaenle-stimmt-falsch-2871349.html> (letzter Zugriff: 24.01.2016, letzte Aktualisierung: 28.07.2014).

¹⁵<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-05/bayern-liste-landtag-abgeordnete-verwandte> (letzter Zugriff: 28.02.2016, letzte Aktualisierung: 03.05.2013).

¹⁶Außerdem hatten auch Abgeordnete der SPD, der Grünen und der Freien Wähler auf Basis der Übergangsregelung Verwandte/Ehepartner beschäftigt.

Die Münchner Vorsitzenden der übrigen Parteien verteilten sich auf die anderen Stimmkreise, in denen bisweilen auch das Münchner Rathaus in Form von Stadträten sehr präsent war. Hans-Ulrich Pfaffmann etwa, der Münchner SPD-Vorsitzende, trat im Stimmkreis 102 „Bogenhausen“ unter anderem gegen den ehemaligen CSU-Stadtrat Robert Brannekämper und die ehemalige „Wiesn-Chefin“ Gabriele Weishäupl (FDP) an.

Der München-Chef und Generalsekretär der Freien Wähler Michael Piazoło hatte seinen Stimmkreis in „Giesing“ (109). Bei der Landtagswahl 2008 waren die Freien Wähler zwar mit 10,2 % der Gesamtstimmen bayernweit drittstärkste Kraft geworden, in München hatten sie aber nur 4,2 % der Stimmen für sich gewinnen können. Piazoło hatte dementsprechend auch damals in Giesing 4,8 % erhalten und war damit nur auf dem 5. Platz gelegen.

Die FDP schickte ihren Münchner Vorsitzenden im Stimmkreis 101 „Hadern“ ins Rennen, gegen den CSU-Abgeordneten Georg Eisenreich und den damaligen Stadtrat Andreas Lotte von der SPD. Im Vergleich zu 2008 wurde der Zuschnitt dieses Stimmkreises leicht verändert, da Teile der Altstadt-Lehel sowie Teile der Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt 2013 zu 108 „Schwabing“ geschlagen wurden.

Im Gegenzug fielen 2013 durch Neueinteilung Teile von Nymphenburg-Neuhausen (vormals Stimmkreis 108 „Schwabing“) 2013 an den Stimmkreis 104 „Milbertshofen“. Letzterer ist deshalb besonders interessant, weil er nicht nur in München, sondern auch bayernweit der einzige Stimmkreis ist, der vergleichsweise fest in SPD-Hand liegt. Franz Maget, der 1990 das dortige Direktmandat gewann, verteidigte es – außer 2003 gegen Monika Hohlmeier (CSU) – bis einschließlich der Landtagswahl 2008. Eine große Herausforderung im Stimmkreis „Milbertshofen“ stellt die Sozialstruktur dar: Von Teilen Neuhausens und Nymphenburgs, die die bürgerliche Mitte mit Familien und Angestellten beherbergen, über West-Schwabing mit einem überdurchschnittlichen Anteil an qualifizierten Angestellten, entsprechend hohem (Aus-)Bildungsniveau und eher jüngerer Bevölkerung, Gewerbeflächen und Industriegebiet im eigentlichen Milbertshofen bis hin zum sozialen Brennpunkt Hasenberg sind im Stimmkreis „Milbertshofen“ wohl alle sozialen Schichten vereint. Nun kandidierte dort die bisherige persönliche Referentin von Franz Maget, Ruth Waldmann. Sie trat gegen die einzige weibliche Direktkandidatin der CSU in München, die Stadträtin Mechthilde Wittmann, und die Münchner Grünen-Vorsitzende Katharina Schulze an.

Die grundsätzlichen Themen des Wahlkampfes¹⁷ überschnitten sich größtenteils mit denen des Bundestagswahlkampfes, etwa hinsichtlich der Autobahn-Maut, der

¹⁷Für einen Überblick der einzelnen Themen und Positionen vgl. etwa <https://www.wahl-omat.de/bayern2013/> (letzter Zugriff 25.01.2016).